

Entscheidung auf EU-Ebene vertagt

Landwirtschaftsminister Meyer: Deutschland muss sich gegen „wahrscheinlich krebserregendes“ Glyphosat aussprechen

Dienstag, 8. März 2016 – Hannover (wbn). Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister Meyer (Grüne) fordert Glyphosat-Verbot auf EU-Ebene. Er begrüßt die gestrige Vertagung der Entscheidung über die Neuzulassung von Glyphosat bis zum Jahr 2031. Heute soll allerdings weiterhin über die Zulassung verhandelt und beraten werden.

Die Verwendung des von der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuften Unkrautbekämpfungsmittel wird auf EU-Ebene momentan heftig diskutiert. Der Vorschlag der EU-Kommission sah eine uneingeschränkte Zulassung des Totalherbizids um weitere 15 Jahre bis 2031 und ein Heraufsetzen der Grenzwerte vor. Doch die Entscheidung, die bereits gestern fallen sollte, wurde vertagt, da Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Italien oder die Niederlande gegen den Einsatz von Glyphosat gestimmt hatten und es somit nach Angaben von EU-Diplomaten keinen nötige Mehrheit gab.

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland wird bei den Verhandlungen eine Schlüsselrolle zugewiesen. Daher fordert Landwirtschaftsminister Meyer die Bundesregierung dazu auf, sich der kritischen Position Frankreichs gegenüber dem Unkrautbekämpfungsmittel anzuschließen.

Viele Baumärkte in Deutschland und Frankreich haben das Pflanzengift schon aus dem Sortiment genommen. In Niedersachsen ist die Abgabe von Glyphosat oder glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln an Privatpersonen bereits seit dem vergangenen Jahr verboten. Auch in Parks, auf Spielplätzen, sowie auf nicht-landwirtschaftlichen Flächen ist die Verwendung von Glyphosat verboten.